



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Wülfrath

Termin Dienstag, 08.09.2020, 17:00 bis 21:15 Uhr

Ort Rathaus
Großer Sitzungssaal

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1	Regularien
1.1	Eröffnung der Sitzung
1.2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
1.3	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.4	Feststellung der Tagesordnung
1.5	Genehmigung der Niederschrift
2	Befangenheitsprüfung
3	Einwohnerfragestunde
4	Bürgeranregung: Änderung Baumschutzsatzung Vorlage: BVV-014-2020
5	Bürgeranregung Schaffung von Bewohnerparkplätzen im Wohnbereich des Ortsteils Düssel Vorlage: BVV-015-2020
6	Interkommunale Kooperation - Digitalisierung Innenstädte Vorlage: 10/11-011-2020
7	Personalangelegenheiten - Freigabe Sperrvermerk - Ingenieur Tiefbau, EG 11 Vorlage: 10/11-015-2020
8	Jahresabschluss 2019 Vorlage: 14-002-2020
9	Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2019 - Ergebnisverwendung Vorlage: 20-032-2020
10	Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabschlusses 2019 Vorlage: 20-029-2020
11	Kalkulatorischer Zinssatz für kostenrechnende Einrichtungen für das Kalkulationsjahr 2021 Vorlage: 20-030-2020
12	Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung Vorlage: 20-035-2020
13	Neuregelungen der Unternehmereigenschaft nach § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) Vorlage: 20-036-2020
14	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in der Stadt Wülfrath am 27. September 2020 und 29. November 2020 Vorlage: 32-010-2020
15	Anpassung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öf- fentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Wülfrath (OBV) Vorlage: 32-011-2020
16	Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung Vorlage: 66-009-2020
17	Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Wülfrath, hier:



	Abwägung über die Stellungnahme gem. § 1 Abs. 7 BauGB Vorlage: 61/63-009-2020
18	Verwaltungsinterne CO2-Bilanz für die Stadt Wülfrath Vorlage: III-006-2020
19	Investitionspakt Sportstätten Vorlage: III-008-2020
20	Antrag CDU Beiträge bei Quarantäne erstatten Vorlage: IV-005-2020
21	Einführung der Ehrenamtskarte Vorlage: 50-009-2020/1
22	Mitteilungen und Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil

TOP 1 Regularien

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende Frau Dr. Panke die neue Gleichstellungsbeauftragte Franca Calvano, die seit dem 01.08.2020 im Amt ist.

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung.
Entschuldigt ist Ratsmitglied Hoenke (CDU).

TOP 1.2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

TOP 1.3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

TOP 1.4 Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung schlägt vor, die ursprüngliche TO vom 26.08.2020 aus Gründen der Dringlichkeit zu erweitern um folgende TOPs:

Hinzu gekommen sind

TOP 7 – Freigabe Sperrvermerk Ingenieur Tiefbau (Vorlage 10/11-015-2020) – Dringlichkeit. Das dringend zu erstellende Straßen- und Wegekonzept lässt ein weiteres Abwarten nicht zu. Abseits der Tatsache, dass die Organisationsuntersuchung nicht wie geplant zum dritten Sitzungslauf fertiggestellt werden konnte, ergibt sich Dringlichkeit nun auch aus dem längerfristigen Ausfall eines Mitarbeiters im Tiefbau. Auch die Umsetzung des Breitbandausbaus, dessen Fördermitteleinsatz an enge Fristen gekoppelt ist, erfordert einen Tiefbauingenieur.

TOP 20 – Antrag CDU Beiträge bei Quarantäne erstatten (aus HFA, Vorlage IV-005-2020) – in den Rat geschoben.

TOP 21 – Vorlage 50-009-2020/1 - Einführung der Ehrenamtskarte – Korrektur des Textes (4 Stunden „wöchentlich“ statt „monatlich“) und Ansatz der konkret auf eine Mitarbeiterin entfallenden Kosten.



TOP nö 3 – Verkauf Wilhelmstraße 76 (aus AWS, Vorlage III-007-2020) – Beratungsfolge einhalten; Entscheidung im Rat ist erforderlich.

TOP nö 4 – Erwerb eines Objekts an der Wilhelmstraße (Vorlage 23/60-002-2020) – Dringlichkeit.

Weggefallen ist in Abstimmung mit der Fraktion Die Linke der bisherige TOP 17 – Antrag Die Linke – Prüfung CAP-Frischemarkt, da der Antrag abschließend im AWS behandelt wurde.

Ebenfalls weggefallen ist der alte TOP nö 3 – Personalangelegenheiten – Stellenbesetzung Amtsleitung Stadtplanung, da die Bewerberin abgesagt hat.

Der Rat hat keine Einwände. Die Vorsitzende stellt die geänderte Tagesordnung fest.

TOP 1.5 Genehmigung der Niederschrift

Es gibt keine Anmerkungen zur Niederschrift der Ratssitzung vom 23.06.2020.

TOP 2 Befangenheitsprüfung

Ratsmitglied Beckmann (SPD) erklärt sich zu TOP 1 nö für befangen.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Frau Erdelen-Schäfer würdigt die Amtszeit von Frau Dr. Panke und dankt ihr für die elf Jahre, die die Bürgermeisterin Wülfrath gewidmet habe. Der Rat drückt seine Zustimmung aus. Frau Dr. Panke dankt Frau Erdelen-Schäfer und bejaht, dass die Situation mit dem nahen, geplanten Ende ihrer Amtszeit noch einmal ganz besonders ist. Sie dankt Frau Erdelen-Schäfer außerdem für deren Engagement in einem herausragenden Ehrenamt, dem Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Wülfrath. Auch hier drückt der Rat seine Zustimmung aus.

Es gibt keine weiteren Einwohnerfragen.

TOP 4 Bürgeranregung: Änderung Baumschutzsatzung
Vorlage: BVV-014-2020

Die im Ausschuss für Umwelt und Ordnung gestellten Fragen wurden von der Verwaltung in der neuen Stellungnahme in Anlage 2 zum Antrag beantwortet.

Ratsmitglied Dr. Nick (B90/Die Grünen) begrüßt die Anmerkungen in Anlage 2 und verweist auf den kritischen Zustand vieler Bäume. Sie unterstützt auch die Bürgeranregung, diese könne ggf. in den Fachausschuss geschoben werden. Ratsmitglied Welp (SPD) spricht sich für eine Entscheidung in der Ratssitzung aus. Der Rat folgt dem.



Beschluss:

Der Rat der Stadt Wülfrath beschließt, der Bürgeranregung zu folgen und Nadelbäume wieder in die Baumschutzsatzung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	32	10	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung	1	1						

Der Rat nimmt die Bürgeranregung einstimmig bei einer Enthaltung an.

TOP 5 Bürgeranregung Schaffung von Bewohnerparkplätzen im Wohnbereich des Ortsteils Düssel
Vorlage: BVV-015-2020

Ratsmitglied May (B90/Die Grünen) fragt, ob mit dem Eigentümer der Wasserburg gesprochen worden sei, da dessen gesperrte Parkplätze in Düssel fehlen würden. Ratsmitglied Kückler (Die Linke) verweist darauf, dass es bei der Bürgeranregung um Anwohnerparkplätze am Finkenweg gehe und nicht um Besucherparkplätze in Düssel allgemein. Sie vertritt die Ansicht, dass in Düssel genügend Parkplätze vorhanden sind und man höchstens 200 m laufen müsse und lehnt die Bürgeranregung ab. Zur Frage von Herrn May sagt sie, dass mit dem Eigentümer gesprochen wurde, es aber seine Entscheidung bleibe.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wülfrath beschließt, der Bürgeranregung nicht zu folgen und fasst daher keinen Beschluss zur Schaffung von Bewohnerparkplätzen im Ortsteil Düssel.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	nein
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung								
Ablehnung	33	11	9	6	3	2	1	1
Enthaltung								

Der Rat lehnt die Bürgeranregung einstimmig ab.

TOP 6 Interkommunale Kooperation - Digitalisierung Innenstädte
Vorlage: 10/11-011-2020



Ratsmitglied Sträßler (CDU) fragt, wie hoch bei einer Fördersumme bis zu 180.000 Euro der Eigenanteil sein wird. *Die Antwort wird zu Protokoll gegeben: Der Eigenanteil beträgt in der Konzeptionsphase nach derzeitigem Kenntnisstand 0 Euro. Sollte es zu einer Umsetzung kommen, kann es sein, dass Wülfrath einen Eigenanteil zu leisten hat, dann würde der Rat erneut eingebunden werden.*

Frau Küchler begrüßt die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen. Sie fragt nach den für den Workshop vorgesehenen Teilnehmern. Der Einzelhandel solle mit an den Tisch. Herr Ritsche antwortet, dass die Städte sich untereinander abgestimmt haben, der Teilnehmerkreis aber noch nicht gesetzt ist.

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Kommunal Agentur NRW zwecks Initiierung der interkommunalen Zusammenarbeit zu beauftragen und die korrespondierende Förderung zu beantragen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	11	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

Der Rat nimmt die Beschlussvorlage einstimmig an.

TOP 7 Personalangelegenheiten - Freigabe Sperrvermerk - Ingenieur Tiefbau, EG 11 Vorlage: 10/11-015-2020

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der bestehende Sperrvermerk zu der neuen Ingenieurstelle im Tiefbau, EG 11 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	11	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								



Enthaltung								
------------	--	--	--	--	--	--	--	--

TOP 8 Jahresabschluss 2019
Vorlage: 14-002-2020

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Der Rat stellt gemäß §§ 96 und 102 GO NRW den Jahresabschluss zum 31.12.2019 fest.
2. Die Ratsmitglieder sprechen gemäß § 96 GO NRW der Bürgermeisterin die Entlassung aus.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	11	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 9 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2019 - Ergebnisverwendung
Vorlage: 20-032-2020

Auch zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der sich für das Haushaltsjahr 2019 ergebende Jahresüberschuss in Höhe von **437.533,26 €** wird vollumfänglich der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	11	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 10 Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses 2019
Vorlage: 20-029-2020

Auch zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldungen.



Beschluss:

Der Rat der Stadt Wülfrath beschließt gem. § 116a Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) das Vorliegen der Voraussetzungen zur Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2019.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	11	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 11 Kalkulatorischer Zinssatz für kostenrechnende Einrichtungen für das Kalkulationsjahr 2021

Vorlage: 20-030-2020

Auch zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Für das Kalkulationsjahr 2021 wird der kalkulatorische Zinssatz auf 5,42 % festgelegt. Der Zinssatz ist jährlich zu überprüfen und fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	11	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 12 Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Vorlage: 20-035-2020

Auch zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird von derzeit 55 Mio. € auf 70 Mio. € angehoben.

Abstimmungsergebnis



Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	11	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 13 Neuregelungen der Unternehmereigenschaft nach § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG)
Vorlage: 20-036-2020

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 14 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in der Stadt Wülfrath am 27. September 2020 und 29. November 2020
Vorlage: 32-010-2020

Frau Dr. Panke führt aus, dass zur Veranstaltung eines verkaufsoffenen Sonntags ein Sachgrund vorliegen muss, also eine Veranstaltung wie das Kartoffelfest oder der HWM. Aber Corona-bedingt fallen diese Veranstaltungen dieses Jahr aus. Die Landesregierung hat die Städte ermutigt, zur Stärkung der Innenstädte trotz Wegfalls des Sachgrunds verkaufsoffene Sonntage durchzuführen. So hat auch die Stadt Wülfrath die Durchführung von zwei verkaufsoffenen Sonntagen – am 27.09.2020 und am 29.11.2020 – vorgeschlagen. Damit sollte das Zeichen gesetzt werden, dass die Stadt ein großes Interesse daran hat, die Innenstadt zu stärken. Die Stadt hat eine Umfrage zu den verkaufsoffenen Sonntagen unter allen Einzelhändlern in der Innenstadt durchgeführt. Von den Befragten sagten sieben für den 27.09. zu, sechs für den 29.11.2020.

Die aktuelle Rechtsprechung des OVG sieht verkaufsoffene Sonntage ohne gleichzeitige Traditionsveranstaltung als rechtswidrig an. Gleichzeitig ist das Klagerisiko hoch.

Daher haben sich Rat und Verwaltung dazu entschlossen, jetzt nicht über verkaufsoffene Sonntage abzustimmen. Damit wird jetzt auf den verkaufsoffenen Sonntag am 27.09. verzichtet. Gleichzeitig unterstützt die Stadt die Schaffung eines Runden Tisches der NRW-Kommunen beim Land zur Erlangung von Rechtssicherheit.

Über den Termin am 29.11.2020 soll abgestimmt werden, wenn neue Erkenntnisse über die Rechtslage und die Corona-Situation vorliegen, und zwar dann vom neu gewählten Rat am 02.11.2020.

Ratsmitglied Sträßer (CDU) präzisiert, dass das Land den Kommunen die Chance haben geben wollen, verkaufsoffene Sonntage abzuhalten. In einigen Städten gebe es auch Kompromisse mit Verdi, so dass geöffnet werden könne. Wenn aber in Wülfrath das Interesse auf Händlerseite nicht vorhanden sei, solle auch kein verkaufsoffener Sonntag beschlossen werden. Herr Sträßer verweist auf Mettmann, wo die Händler großes Interesse hatten, Verdi aber erfolgreich gegen die Verkaufsöffnung geklagt hatte. Herr Sträßer befürwortet, dass der neue Rat sich mit dem Thema befasst, wenn auch neue Erkenntnisse vorliegen.

Ratsmitglied Altmann (FDP) fragt, ob aus der Händlerschaft heraus nach einem verkaufsoffenen Sonntag gefragt worden sei, oder ob der Vorschlag von der Verwaltung gekommen sei. Frau Dr. Panke antwortet, dass die Verwaltung die Möglichkeit, die beiden verkaufsoffenen



Sonntage durchzuführen, schaffen wollte, und der Impuls von der Verwaltung kam. Sie ergänzt, dass unter Berücksichtigung einer Umfrage von Wülfrath pro auf Facebook offenbar auch auf Käuferseite das Interesse sinke.

Ratsmitglied Küchler (Die Linke) gibt zu bedenken, dass den Händlern durch einen verkaufsoffenen Sonntag auch Kosten entstünden und empfiehlt angesichts der beschriebenen Lage, den TOP von der Tagesordnung zu nehmen und evtl. am 06.10. in der Sonderratssitzung zu beraten.

Ratsmitglied May (B90/Die Grünen) ist der Ansicht, dass die Menschen derzeit nicht gern zum Einkaufen in die Stadt gingen. Die Klagen von Verdi schädeten Stadt und Händlerschaft. Er habe mit Verdi und dem Einzelhandelsverband gesprochen und einen Runden Tisch vorgeschlagen; Interesse daran sei vorhanden. Die Situation heute sei wegen des Onlinehandels anders als vor zehn Jahren, das müsse auch Verdi zugestehen.

Ratsmitglied Welp (SPD) spricht sich dafür aus, den TOP zu schieben.

Ratsmitglied Seidler (CDU) schlägt vor, einen adventlichen Kunstsonntag in den leerstehenden Ladenlokalen durchzuführen und zu prüfen, ob sich damit ein verkaufsoffener Sonntag verbinden ließe. Frau Dr. Panke begrüßt die Idee, weist aber darauf hin, dass nach aktueller Rechtsprechung dazu eine Traditionsveranstaltung nötig wäre.

Die Vorsitzende fasst die Diskussion zusammen und schlägt vor, den TOP von der Tagesordnung zu nehmen und die weitere Entwicklung abzuwarten. Der neue Rat kann sich dann ggf. mit dem Öffnungstermin Ende November befassen.

Der Rat signalisiert Zustimmung.

Beschluss:

- a) Der Rat beschließt nach Abwägung aller Interessen die ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen an Sonntagen in der aktuellen Fassung.

Abstimmungsergebnis

Keine Abstimmung; der TOP wird geschoben.

TOP 15 Anpassung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Wülfrath (OBV)
Vorlage: 32-011-2020

Ratsmitglied Effert (CDU) kündigt die Zustimmung der CDU zur Vorlage an. Zwar werde das Problem so nicht gelöst, aber es sei wichtig, den Angstraum Am Diek zu entschärfen.

Ratsmitglied Hoffmann (SPD) kündigt die Zustimmung der SPD an. Er fragt, welche Bushaltestellen genau gemeint sind und ob das Verbot nicht auf weitere Haltestellen ausgedehnt werden könnte. Herr Ritsche antwortet, dass dies die Bushaltestellen mit Problemen durch alkoholtrinkende Personen sind, von denen die Verwaltung Kenntnis erhalten hat. Er empfiehlt, an diesen beiden Haltestellen das Verbot einzuführen und nach ersten Erfahrungen die Situation neu zu bewerten.

Ratsmitglied Küchler (Die Linke) fragt, wie die Einhaltung des Verbots kontrolliert werden soll. Menschen würden kreativ werden, um Verbote zu umgehen. Es handele sich um ein gesellschaftliches Problem, dass mit einem Verbot an zwei Haltestellen nicht gelöst werden könne.



Gleichzeitig werde dem KOD mehr zugemutet, aber ohne Kontrollen könne man sich das Verbot sparen.

Ratsmitglied Peetz (Wülfrather Gruppe) erinnert an einen Artikel von 2009, in dem die WG schon ein Alkoholverbot am Diek gefordert hatte. Damit sei das grundsätzliche Problem nicht gelöst, aber er erwarte auch von jedem, der Alkohol trinke, dass er sich nicht asozial verhält. Der Rat habe das Recht zu bestimmen, wo das Trinken von Alkohol erlaubt sei. Herr Peetz spricht sich außerdem dafür aus, den AK Vandalismus und Jugendschutz weiter an der Problemlösung arbeiten zu lassen.

Ratsmitglied Mrstik (B90/Die Grünen) kündigt auch für seine Fraktion die Zustimmung zur Vorlage an. Er sieht gleichzeitig die Notwendigkeit, sich weiter mit dem zugrundeliegenden gesellschaftlichen Problem auseinanderzusetzen.

Ratsmitglied Altmann (FDP) fragt, was genau „im Bereich der Bushaltestellen“ heiße. Zu befürchten sei, dass die Leute fünf Meter weiter gehen und dort trinken. Auch er möchte wissen, wie die Einhaltung des Verbots kontrolliert werden soll.

Herr Ritsche erwidert, dass der betreffende Bereich ausgeschildert wird. Die Verwaltung hätte die Vorlage nicht in den Rat eingebracht, wenn sie nicht zumindest stichprobenweise Kontrollen hätte zusichern können.

Ratsmitglied Seidler (CDU) merkt an, dass die auf der Skizze eingezeichnete Linie der Verwaltung mit dem Geltungsbereich des Verbots zu kurz sei, um wirklich den ganzen Haltestellenbereich alkoholfrei zu halten. Damit würden die Menschen mit Alkohol nur um die Ecke vertrieben. Herr Schorn erläutert, dass die Linie Beginn und Ende der Verbotszone anzeigt und tatsächlich nicht überall gilt, aber der markierte Bereich umfasst die Problemzone. Menschen haben hier Angst, aus dem Bus zu steigen oder an der Haltestelle zu warten. Ziel ist es, ihnen die Angst zu nehmen.

Frau Kuchler schätzt, dass die aus dem Bus austiegenden Personen dann künftig ein paar Meter weiter an den Alkoholtrinkenden vorbeigehen müssen. Sie plädiert für die Stärkung des KOD; dann könne das Problem angegangen werden. Herr Schorn ergänzt, dass der KOD zwar an der Belastungsgrenze arbeitet, aber eine Kontrolle am Diek nach oder vor einer Kontrolle am Schwimmbad noch gut durchführen kann. Herr Ritsche findet eine Personalaufstockung beim KOD sinnvoll.

Herr May fragt, ob mit den Trinkenden, dem Kioskbesitzer und den Streetworkern schon mal gesprochen worden sei. *Die Antwort zu Protokoll: Nach Einschätzung der Abteilung Kinder- und Jugendförderung stehen traditionell am Diek eher Erwachsene. Zu diesen hat die Kinder- und Jugendförderung keinen Kontakt aufgenommen. Sollte sich die Zielgruppe geändert haben, müssten die Kolleg*innen mit den Streetworkern der Caritas zusammen überlegen, wer da was tun sollte. Die beiden Streetworker sind wohl aber ganz neu und arbeiten sich gerade erst ein.*

Ratsmitglied Dr. Nick (B89/Die Grünen) ergänzt, dass auch viele Schüler an der Haltestelle warten müssten und sich sehr unwohl fühlten. Auch wenn die Vorlage ein Stückwerk sei, werde sie ihm zustimmen. Herr Schorn erwidert, dass es sich hier um einen zentralen Innenstadtpunkt handelt und nicht um ein Stückwerk.

Die Vorsitzende Frau Dr. Panke sagt zu, dass das Thema weiter im Blick der Verwaltung bleibt.

Beschluss:

Die Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Wülfrath (OBV) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis



Einstimmig		
Mehrheitlich	x	ja

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	31	11	9	6	3		1	1
Ablehnung	2					2		
Enthaltung								

Die Sitzung wird um 18.11 Uhr unterbrochen.
Die Sitzung wird um 18.22 Uhr wieder aufgenommen.

TOP 16 Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung
Vorlage: 66-009-2020

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Wülfrath wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	11	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 17 Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Wülfrath, hier:
Abwägung über die Stellungnahme gem. § 1 Abs. 7 BauGB
Vorlage: 61/63-009-2020

Ratsmitglied Effert (CDU) beginnt seine Stellungnahme zu der Vorlage mit dem Wunsch, sie in den neuen Rat zu schieben. Das bisherige, inzwischen 12 Jahre alte Konzept habe die Erwartungen nicht erfüllt und der Innenstadt nicht geholfen. Als Beispiele nennt er die Schotterfläche an der Wilhelmstraße, die Einzelhandelsflächen an der Fliethe und die Ellenbeek. Diese „Sterben der städtebaulich integrierten Standorte“ habe die Innenstadt auch nicht nach vorn gebracht. Im AWS sei schon die erste Ausnahme von dem neuen Konzept beschlossen worden, nämlich eine Fläche von 1000 qm für einen Nahversorger anzusetzen, eine Fläche ab 800 qm sei aber nur in der Innenstadt möglich. Eine Regel, die schon vor Inkrafttreten gebrochen werde, taue nichts; daher wolle die CDU neu denken ohne starre Grenzen.

Ratsmitglied Küchler (Die Linke) verweist bei der Ellenbeek auf die schnellstmögliche Realisierung einer Nahversorgung. Sie könne sich aber vorstellen, dem CDU-Antrag auf Schieben zuzustimmen.



Ratsmitglied Mrstik (B90/Die Grünen) sieht im Schieben keinen Sinn, das würde bei der Konzepterstellung nicht helfen.

Herr Effert fragt dagegen, ob die starren Quadratmeterzahlen oder die Sortimentslisten nötig seien. Das Einkaufsverhalten habe sich geändert, das Konzept sei aber ein Festhalten an alten Erkenntnissen.

Herr Dr. Holl, zuständiger Dezernent, betont die Notwendigkeit dieser Regelungen, die als Leitplanken Sicherheit bei der Planung geben. Nur mit diesen Leitplanken könne man auch mit den Eigentümern sprechen. Er verweist auf die Auswirkungsanalyse und die darin ermittelten Werte, die eine Größe vorgeben. Ein beliebiges Abweichen ist nicht möglich; bei mehr als 10% Abweichung müssen Kreis bzw. Bezirksregierung eingebunden werden.

Herr Effert sagt in Ergänzung der Äußerung von Frau Kückler, dass nicht direkt in der ersten Ratssitzung des neuen Rates entschieden werden solle; es müsse einen Prozess geben.

Ratsmitglied Peetz (Wülfrather Gruppe) spricht sich gegen eine Verschiebung aus. Die Verwaltung benötige endlich Rechtssicherheit. Es sei nicht Aufgabe des bisherigen Konzepts gewesen, Leerstände in der Innenstadt zu verhindern. In der Auswirkungsanalyse gehe es außerdem nur um den Lebensmittelhandel.

Frau Kückler betont, dass sie nur dann für ein Schieben des TOP ist, wenn baldmöglichst entschieden wird. Bezüglich der Auswahl möglicher Einzelhändler stellt sie die Notwendigkeit der Nachhaltigkeit heraus.

Herr Effert erwidert, dass die Nachhaltigkeit nichts mit er qm-Zahl zu tun hat; auch stehe im Konzept nichts von Nachhaltigkeit. Benötigt würden aber Anreiz und Abschreckung im Konzept, das sehe er hier gar nicht. Das neue Konzept sei lediglich eine Fortschreibung. Neue Ideen seien nötig.

Ratsmitglied Welp (SPD) verweist auf den gesetzlichen Rahmen. Die SPD wolle den TOP nicht weiter schieben, da Rechtssicherheit und eine rasche Lösung für die Ellenbeek nötig seien. Denkbar sei eine Arbeitsgruppe im neuen Rat, die sich mit der Gefährdung der Innenstadt beschäftigt.

Herr Peetz konstatiert eine Blockade in der Ellenbeek: Der Investor wolle einen großen Markt, die Fraktionen außer der CDU nicht.

Frau Kückler schlägt vor, jetzt mit der Verabschiedung des Konzepts Rechtssicherheit zu schaffen *und* den neuen Rat zu beauftragen, das Konzept weiterzuentwickeln. Der Vorschlag von Herrn Welp sei daher gut. Dann könne auch auf Nachhaltigkeit geachtet werden.

Die Fraktionen melden kurzen Beratungsbedarf an.

Die Sitzung wird um 18.48 Uhr unterbrochen und um 18.55 Uhr fortgesetzt.

Herr Mrstik kündigt die Enthaltung der Grünen an. Er bitte die SPD, den Antrag für den von Herrn Welp angesprochenen Arbeitskreis zu stellen.

Herr Welp erläutert, dass er jetzt keinen Antrag stellen wollte, das solle dann im neuen Rat besprochen werden. Dann soll geregelt werden, in welchem Rahmen sich ein Einzelhandelskonzept bewegen solle.

Ratsmitglied Seidler (CDU) ist der Ansicht, dass bei einem Nicht-Beschluss über das neue Konzept immer noch das alte gelte. Er fragt, ob eine Verschiebung des TOP Auswirkungen auf den AWS-Beschluss habe.

Herr Holl antwortet, dass die 800qm über eine Auswirkungsanalyse abgesichert werden müsse. Auf der Seite Liegnitzer Straße sehe es gut aus.

Der Rat stimmt über den Antrag der CDU ab, den TOP in den neuen Rat zu schieben.



Abstimmung über den Antrag der CDU, die Entscheidung zu verschieben:

Abstimmungsergebnis

Einstimmig		
Mehrheitlich	x	Nein

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	11	11						
Ablehnung	19		9	6		2	1	1
Enthaltung					3			

Da der CDU-Antrag mehrheitlich abgelehnt wurde, stimmt der Rat über die Beschlussvorlage ab.

Beschluss:

1) Den Abwägungsvorschlägen zur Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 2 BauGB zum fortgeschriebenen Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Wülfrath wird gefolgt.

2) Das nach § 13 BauGB aufgestellte Einzelhandels- und Zentrenkonzept wird in der Fassung vom 26.09.2019 als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig		
Mehrheitlich	x	Ja

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	19		9	6		2	1	1
Ablehnung	11	11						
Enthaltung					3			

Der Rat nimmt den Beschlussvorschlag mehrheitlich an.

TOP 18 Verwaltungsinterne CO2-Bilanz für die Stadt Wülfrath
Vorlage: III-006-2020

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 19 Investitionspakt Sportstätten
Vorlage: III-008-2020

Ratsmitglied Effert (CDU) lobt Bund und Land für das Programm und kündigt die Zustimmung der CDU an.

Ratsmitglied Mrstik (B90/Die Grünen) stellt ebenfalls die Zustimmung in Aussicht. Er erinnert angesichts der Hinweise in der Vorlage, dass die Förderung die Verwaltung vor Herausforderungen stelle, an den Antrag der Grünen, einen Fördermittel-Manager einzustellen.



Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel zur Instandhaltung und Modernisierung von Sportstätten aus dem „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten, Programmaufruf für die Jahre 2020 und 2021“ zu beantragen.

Für die Beantragung vorgesehen sind:

- Sporthalle Fliethe, Fortunastr. 30 (**Priorität 1**)
- Sporthalle Gymnasium, Kastanienallee 63 (**Priorität 2**)

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	11	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 20 Antrag CDU Beiträge bei Quarantäne erstatten Vorlage: IV-005-2020

Die CDU stellt zu diesem TOP einen neuen Antrag. Der Antragstext lautet:

Die Stadt Wülfrath verzichtet auf Elternbeiträge auf Grundlage der örtlichen Satzung für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offenen Ganztagschulen, wenn aufgrund einer staatlich angeordneten Quarantäne das Betreuungsangebot wegfällt.

Ratsmitglied Seidler (CDU) erläutert zum Antrag, dass die CDU aus Gerechtigkeitsgründen für die Fortschreibung der Regelung von April/Mai sei. Bei einer Corona-bedingten Quarantäne handele es sich um eine andere Situation als bei einer Krankheit, da die Kinder in Quarantäne ja mehrheitlich gar nicht krank seien. Eine entsprechende Ausnahmeregel sehe die örtliche Satzung vor. Die Kosten des Verzichts ließen sich über 50 Jahre abschreiben.

Frau Dr. Panke verweist auf die Notwendigkeit eines Deckungsvorschlags, da der Antrag außerhalb der Haushaltsaufstellungsperiode gestellt wird. Die Höhe der Ausfälle sei aber schwer zu berechnen, da immer der Einzelfall betrachtet werden muss. Frau Dr. Panke stellt fest, dass ihr keine Hinweise auf eine Abschreibungsfähigkeit der fehlenden Kita-, Ogata- und Tagespflegebeiträge vorliegen. Sie wolle auch kein Präjudiz mit einer Regelung wie sie die CDU vorschlägt, da man nicht wisse, was im Rahmen der Pandemie noch auf die Stadt zukommt.

Herr Ritsche weist darauf hin, dass die Lösung der Bilanzierung und Abschreibung des Mehraufwands – so, wie die CDU es vorschlägt – einer gesetzlichen Regelung bedarf. Diese liegt aber noch nicht vor bzw. existiert nur im Entwurfsstadium. Wenn es das Gesetz gäbe, wäre zweifelhaft, ob der von der CDU vorgeschlagene Verzicht davon gedeckt wäre. Eine entsprechende Stellungnahme des StGB liegt dem Rat vor. Danach ist deutlich, dass es sich um freiwillige Leistungen handelt. Die Gesamtfinanzlage der Stadt muss im Auge behalten werden.

Frau Berster, zuständige Dezernentin, fragt Herrn Sträßer, ob eine landesweite Regelung für die im CDU-Antrag skizzierte Situation zu erwarten ist. Sie verweist darauf, dass Beiträge eben



nicht nutzungsabhängig zu zahlen sind, sondern dass damit die Leistung an sich vorgehalten wird. Zudem ist es der Kreis, der Personen unter Quarantäne stellt. Frau Berster schlägt vor, dass die Stadt auf Anfrage Einzelfalllösungen anbietet. Bisher haben nur drei Eltern wegen der Beiträge in Quarantäne angefragt.

Ratsmitglied Sträßer (CDU) entgegnet Frau Dr. Panke, dass das Präjudiz schon im Zeitraum März bis Juli geschaffen worden sei, als von Land und Kommunen gemeinsam die Elternentlastung beschlossen wurde. Das sei die gleiche Situation wie heute, der einzige Unterschied liege darin, dass nicht alle Kitas schließen, sondern nur eine. Herr Sträßer ist nach Rücksprache mit verschiedenen Stellen der Ansicht, dass es sich beim Verzicht auf die Beiträge um Mindereinnahmen handelt, die bilanziert und über 50 Jahre abgeschrieben werden können. Der Verzicht sei keine freiwillige Leistung. Eine Nachbarkommune gehe genau so vor: Eltern entlasten und Beiträge bilanzieren. Den Aufwand bei der Stadt hält Herr Sträßer für überschaubar.

RM Kückler (Die Linke) sieht in dem Wortbeitrag von Herrn Sträßer viele Widersprüche. Sie findet es lächerlich, dass er den Namen der Nachbarstadt nicht nennen wolle. Frau Kückler fordert Herrn Sträßer auf, im Landtag an einer Lösung zu arbeiten. Schließlich fragt sie nach dem Deckungsvorschlag.

Ratsmitglied Peetz (Wülfrather Gruppe) fragt nach der Größenordnung, die der Verzicht ausmachen würde. Er fragt, ob die Nachbarstadt im Kreis Mettmann liege und wundert sich, dass die Wülfrather Kommunalaufsicht, die ja die gleiche wie die der Nachbarstadt wäre, Wülfrath abgeraten hat.

Ratsmitglied Mrstik (B90/Die Grünen) findet es plausibel, dass es rechtssicher sei, auf die Beiträge zu verzichten. Er betont die extremen Probleme, vor denen Eltern stehen, wenn ihr Kind in Quarantäne geschickt wurde. Sie müssen das Kind betreuen und die Beiträge zahlen; das halte er für ungerecht. Die Grünen würden dem CDU-Antrag daher zustimmen.

Ratsmitglied Hoffmann (SPD) fragt, ob es das COVID-Belastungs-Isolierungsgesetz nun geben wird. Auf die reine Möglichkeit der Unterstützung wolle er nicht bauen. Die Beiträge sicherten nur, dass die Stadt den Platz vorhält, die Kosten bleiben, ob er genutzt wird oder nicht. Er frage sich, warum die CDU die Antwort des StGB und die Stellungnahme der Verwaltung ignoriere. Die Betreuung der Kinder bleibe im Quarantäne-Fall schwierig, da helfe auch die Erstattung der Beiträge nichts. Das Land müsse die Kommunen unterstützen, fordert Herr Hoffmann. Wülfrath als Haushaltssicherungskommune könne sich nicht jetzt für die ungewisse Pandemiezukunft festlegen. Die SPD werde daher gegen den CDU-Antrag stimmen.

Frau Dr. Panke geht noch einmal auf die Präjudiz ein. Der Fall jetzt sei ganz anders gelagert als von März bis Juli. Bis zum 14.06.2020 galt zum einen das Epidemiegesetz NRW, das die Auswirkungen und Ausnahmen zu Verfahren aufgrund der Pandemielage regelte. Zum anderen war, mit Ausnahme einer Notbetreuung, der Betrieb der Kitas etc. eingestellt und es bestand ein Betretungsverbot. Seit August besteht in den Kitas erst wieder ein Regebetrieb. Die Auskunft einer Stadt, von der Herr Sträßer sprach, könne nicht die Auskunft der Kommunalaufsicht aufwiegen.

Frau Kückler schlägt vor, einen Vorratsbeschluss zu fassen: Die Stadt erstattet die Beiträge im o. g. Sinne, wenn Rechtssicherheit besteht.

Herr Hoffmann und Herr Peetz begrüßen diesen Vorschlag.

Herr Ritsche verweist noch darauf, dass es hier gar nicht um Einzelfälle gehe – die Quarantäne betreffe immer eine ganze Gruppe. Um wie viele Fälle es künftig gehen wird, kann die Verwaltung heute nicht ermessen.

Herr Sträßer fragt, ob beim Land, der Bezirksregierung und dem StGB angefragt wurde, ob es sich im konkreten Fall um Corona-bedingte Mindereinnahmen handele. Das Bilanzierungsge-



setz (Belastungs-Isolierungsgesetz) sei im Landtag unstrittig. Zur Frage nach den Deckungsbeiträgen führt er aus, dass die CDU die Beitragsausfälle nicht voll aus dem Haushalt zahlen wolle. Er fragt erneut nach, ob in Wülfrath im Sinne des Belastungs-Isolierungsgesetzes bilanziert werde.

Frau Dr. Panke weist die Unterstellung zurück, in der Verwaltung würde diese Möglichkeit nicht genutzt. Die entsprechenden Listen werden hier geführt.

Herr Ritsche ergänzt, dass erst am Jahresende bilanziert wird. Auch er betont, dass die Stadt selbstverständlich die Listen führt.

Herr Seidler nennt als mögliche Deckungsvorschläge drei noch nicht durchgeführte Brandschutzmaßnahmen. Er hält weiter am Ziel fest, die Eltern zu entlasten, und hält dazu Frau Küchlers Vorschlag für sinnvoll. Er bitte um Sitzungsunterbrechung.

Herr Peetz schlägt eine Modifizierung des neuen CDU-Antrags um den Zusatz „sobald es eine landeseinheitliche Regelung gibt“ vor.

Die Sitzung wird um 19.47 Uhr unterbrochen und um 20.00 Uhr fortgesetzt.

Herr Seidler schlägt folgenden geänderten Beschlusstext vor:

Die Stadt Wülfrath verzichtet auf Elternbeiträge auf Grundlage der örtlichen Satzung für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offenen Ganztagschulen, wenn aufgrund einer staatlich angeordneten Quarantäne das Betreuungsangebot wegfällt, vorausgesetzt, die Mindererträge können nach Verabschiedung des Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit aktiviert werden. Dieser Beschluss gilt bis zum 31.12.2020.

Ratsmitglied Welp (SPD) erklärt, dass ihm im Antrag noch die Erstattung vom Land fehle.

Herr Seidler erwidert, dass die Abschreibung über 50 Jahre die geringere Belastung für den städtischen Haushalt bedeute. Die Befristung auf den 31.12.2020 stelle eine zusätzliche Belastungsgrenze dar.

Herr Peetz schlägt vor, den Januar mit einzubeziehen wegen der möglichen zusätzlichen Krankheitsfälle in diesem Monat. Auch er findet, dass das Land die Hälfte der Mindereinnahmen tragen müsse, wenn es sich um exakt die gleiche Situation wie im Januar handele.

Herr Mrstik spricht sich dagegen aus, jetzt noch zusätzliche Hürden aufzubauen. Der von der CDU gemachte neue Vorschlag sei rechtssicher.

Frau Küchler kündigt an, dem Kompromissvorschlag zuzustimmen. Im Januar 2021 könne man dann neu überlegen.

Ratsmitglied May (B90/Die Grünen) spricht sich für die schnellstmögliche Auszahlung aus.

Herr Peetz erinnert an das Konnexitätsprinzip und besteht darauf, dass sich das Land beteilige.

Frau Berster weist darauf hin, dass die zuständige Mitarbeiter derzeit mit der Heranziehung und Bearbeitung der Elternbeiträge befasst ist. Sobald diese Arbeiten abgeschlossen sind, kann sie sich mit der Erstattung befassen.

Der Rat stimmt über den von der CDU gestellten und modifizierten Antrag ab:

Die Stadt Wülfrath erstattet die Elternbeiträge auf Grundlage der örtlichen Satzung für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offenen Ganztagschulen, wenn aufgrund einer staatlich angeordneten Quarantäne das Betreuungsangebot wegfällt, vorausgesetzt, die Mindererträge können nach Verabschiedung des Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit aktiviert werden. Dieser Beschluss gilt bis zum 31.12.2020.



Beschluss:

Die Stadt Wülfrath erstattet die Elternbeiträge auf Grundlage der örtlichen Satzung für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offenen Ganztagschulen, wenn aufgrund einer staatlich angeordneten Quarantäne das Betreuungsangebot wegfällt, vorausgesetzt, die Mindererträge können nach Verabschiedung des Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit aktiviert werden. Dieser Beschluss gilt bis zum 31.12.2020.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung		11	9		3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung				6				

TOP 21 Einführung der Ehrenamtskarte
Vorlage: 50-009-2020/1

RM Effert (CDU) erinnert an den gemeinsamen Antrag von Wülfrather Gruppe und CDU, die Ehrenamtskarte einzuführen. Inzwischen hat das Land eine landesweite Karte eingeführt. Die CDU wird dem Antrag zustimmen.

Beschluss:

Die Stadt Wülfrath führt die Ehrenamtskarte NRW ein. Für eine Probezeit von zunächst drei Jahren werden entsprechende personelle hauptamtliche Ressourcen zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	x	ja
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BMin
Zustimmung	33	11	9	6	3	2	1	1
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 22 Mitteilungen und Anfragen

Frau Dr. Panke teilt mit:

- Die Sonderratssitzung findet am 06.10.2020, 17 Uhr, statt. Hauptgrund sind die zu beschließenden Vorlagen bzgl. der Straßenbeleuchtung.



- Heimat-Preis: Der erste Heimat-Preis in Wülfrath geht an den Trägerverein des Niederbergischen Museums. Der Preis ist mit 5.000 € dotiert, die aus dem Heimat-Programm des Landes stammen. Die Preisverleihung findet am 22.09.2020 statt. Die Fraktionen möchten bitte mitteilen, wer an der Veranstaltung teilnimmt (pro Fraktion zwei Personen).
- Förderprogramm Straßenunterhalt: Die Stadt hat eine mündliche Zusage der Bezirksregierung, doch noch Fördermittel beantragen zu können. Die Anträge werden kurzfristig gestellt. Frau Dr. Panke begrüßt diese Möglichkeit und ist optimistisch, was die Bewilligung angeht.
- Radweg Düssel zum S-Bahn-Haltepunkt Hahnenfurth/Düssel: Die Verwaltung wurde gefragt, welche Informationen noch von Straßen.NRW fehlten. Es ist mit dem Landesbetrieb noch zu klären, welche Kombination von Fuß-/Radweg umgesetzt werden soll, erläutert Herr Holl. RM Sträßer (CDU) vertritt die Ansicht, dass ein Bürgerradweg die Planung beschleunigen würde. Herr Dr. Holl erwidert, dass beim gemeinsamen Radweg eine Benutzungspflicht gilt. Bei der von der Stadt vorgeschlagenen Variante gäbe es einen Gehweg mit dem Schild „Für Radfahrer frei“.
- Wülfrath ist beim ÖPNV-Förderprogramm bei allen beantragten Förderungen zum Zuge kommt, wie der Rat vielleicht schon der Pressemitteilung von Herrn Sträßer entnommen hat. Gerne hätte die Stadt zusammen mit dem Landtagsabgeordneten informiert, stellt die Vorsitzende fest.

Anfragen:

- Ratsmitglied Brühland (CDU) fragt, ob die Verwaltung das Förderprogramm mit Förderungen für den ländlichen Raum kenne. Herr Dr. Holl bittet ihn um Weiterleitung der Informationen.
- Ratsmitglied Welp (SPD) berichtet vom VRR, der derzeit ein Konzept mit ca. 80 Schnellbuslinien erarbeitet. Das Land fördert das Programm mit 1 Mio. €, was gerade einmal einer Linie entspricht. Herr Welp erwartet hier mehr von Land und Landtag.
- Ratsmitglied Peetz (Wülfrather Gruppe) regt an, der Presse am Sonntag nach der Wahl gemeinsam kurz zur Verfügung zu stehen, damit sie nicht acht verschiedene Orte besuchen muss. RM Seidler (CDU) schlägt vor, sich per Kontaktgruppe kurzfristig abzustimmen. Die Fraktionsvorsitzenden, die Wahlleiterin Dr. Panke und die anwesenden Bürgermeisterkandidaten stimmen dem zu.
- Ratsmitglied May (B90/Die Grünen) berichtet von Rennen in der S-Kurve Görtzheide Ein Anwohner bittet darum, das Ordnungsamt zu informieren. Die Vorsitzende weist daraufhin, dass hier die Polizei einzubinden ist, das Ordnungsamt wird sie informieren. Der Anwohner nimmt dazu direkt Kontakt mit dem Ordnungsamt auf. Herr Seidler schlägt vor, dort Tempo 30 einzuführen. Das sei schon einmal geprüft worden, ging aber nicht, da die Straße überörtliche Bedeutung gehabt habe.
- Ratsmitglied Schneider (CDU) fragt nach den Ergebnissen der U16-Wahl. Frau Berster berichtet, dass die Ergebnisse auf Instagram veröffentlicht wurden. Sie werden dem Rat zur Verfügung gestellt (verschickt am 10.09.2020) und in der Niederschrift vermerkt:

U16-Wahlen 2020 in Wülfrath

Wahlergebnisse gesamt

U 16-Wahl Vertretung der Stadt Wülfrath



Partei	Stimmen (absolut)	Stimmen (%)
CDU	56	26,79
SPD	26	12,44
WG	31	14,83
Bündnis 90/ Die GRÜNEN	77	36,84
Die LINKE	8	3,83
FDP	11	5,26

209 Stimmen

U 16-Wahl zum Bürgermeister der Stadt Wülfrath

Kandidat	Stimmen (absolut)	Stimmen (%)
Seidler, Andreas	83	34,58
Mrstik, Stephan	68	28,33
Hann, Benjamin	37	15,42
Ritsche, Rainer Otto	52	21,67

240 Stimmen

Wahlergebnisse Wülfrather Gymnasium

U 16-Wahl Vertretung der Stadt Wülfrath / 142 Stimmen

Partei	Stimmen (absolut)	Stimmen (%)
CDU	41	28,87
SPD	19	13,38
WG	13	9,15
Bündnis 90/ Die GRÜNEN	55	38,73
Die LINKE	6	4,23
FDP	8	5,63

U 16-Wahl zum Bürgermeister der Stadt Wülfrath /176 Stimmen

Kandidat	Stimmen (absolut)	Stimmen (Prozent %)
Seidler, Andreas	62	35,23
Mrstik, Stephan	49	27,84
Hann, Benjamin	24	13,64
Ritsche, Rainer Otto	41	23,3

Wahlergebnisse Schule am Berg

U 16-Wahl Vertretung der Stadt Wülfrath / 36 Stimmen

Partei	Stimmen (absolut)	Stimmen (%)
CDU	11	30,56
SPD	5	13,89
WG	6	16,67
Bündnis 90/ Die GRÜNEN	12	33,33
Die LINKE	1	2,78



FDP	1	2,78
-----	---	------

U 16-Wahl zum Bürgermeister der Stadt Wülfrath/ 33 Stimmen

Kandidat	Stimmen (absolut)	Stimmen (%)
Seidler, Andreas	11	33,33
Mrstik, Stephan	9	27,27
Hann, Benjamin	7	21,21
Ritsche, Rainer Otto	6	18,18

- Ratsmitglied Sträßer (CDU) geht auf den Martinszug in Rohdenhaus, der wie auch der große Zug in der Innenstadt abgesagt werden soll wegen der Feier danach. Er weist daraufhin, dass das Land Martinszüge nicht verboten habe. Er bittet die Verwaltung, mit dem Veranstalter zu sprechen, damit wenigstens der Martinszug nicht abgesagt wird. Frau Dr. Panke bestätigt, dass nach dem aktuellen Erlass Martinszüge unter Einhaltung der Coronaschutzvorgaben möglich sind.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.40 Uhr.



anwesend

Ratsmitglied

Herr Hans-Peter Altmann
Frau Dunja Baumhardt
Frau Heike Beckmann
Herr Frank Berg
Herr Walter Brühland
Herr Uwe Buschmann
Herr Hans-Joachim Czerwonka
Herr Axel Effert
Herr Udo Eigen
Herr Siegfried Gartmann
Herr Reiner Heinz
Herr André Herbes
Herr Manfred Hoffmann
Herr Carsten Klein
Frau Ilona Küchler
Herr Claus Leifeld
Herr Thomas May
Frau Bettina Molitor
Herr Stephan Mrstik
Herr Lothar Müller
Frau Dr. Ophelia Nick
Herr Axel Paul
Herr Wolfgang Peetz
Frau Dr. Elke Platzhoff
Herr Wolfgang Preuß
Herr Patrick Schneider
Herr Andreas Seidler
Herr Martin Sträßer
Herr Mario Sülz
Frau Renate Theis
Herr Hans-Jürgen Ulbrich
Herr Axel C. Welp

Verwaltungsmitarbeiter/in

Frau Michaela Berster
Frau Franca Calvano
Frau Sabine Drasnin
Herr Rainer Ritsche
Herr Sebastian Schorn

Bürgermeister/in

Frau Bürgermeisterin Dr. Claudia Panke



Wülfrath, den 29. September 2020

(Bürgermeisterin Dr. Claudia
Panke)
Ausschussvorsitzende/er

(Sabine Drasnin)
Schriftführer/in

Die Niederschrift ist im Original unterschrieben. Das Dokument wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.